

Luise Kiesselbach

Das Institut für soziale Arbeit und der Verein für Fraueninteressen.

Erschienen in: Frauenstreben, Jg. 11, Heft 5, 28. Februar 1914, S. 1-2

Die Umwandlung des Instituts für soziale Arbeit, der früheren Abteilungen des Vereins Fraueninteressen, in einen selbstständigen Verein, welche nur die letzte Konsequenz, einer lange vorbereiteten Entwicklung ist, hat allgemein so viel Erstaunen erregt, daß es der Vereinsleitung Bedürfnis ist, ihren Mitgliedern und Freunden darüber einige Erklärungen zu geben.

In der Generalversammlung vom 6. Februar 1911 war der Abteilung für soziale Arbeit gestattet worden, ihren Namen in den eines Instituts für soziale Arbeit umzuwandeln. In der Begründung des Antrags war angeführt, daß die Abteilung ihren Zwecken besser dienen könne, wenn sie sich nicht auf den Verein beziehe, den Zusammenhang mit der Frauenbewegung nicht immer betone. Vom Vereinsvorstand wurden dann später ebenso selbstständige Leitung und eigne Satzung genehmigt, die keinen Zusammenhang mit dem Verein auswies und so dem Institut ohne Besorgnis große Bewegungsfreiheit zugestanden.

Im selben Maße wie diese Dinge der Entwicklung des Instituts förderlich waren, erwiesen sich als ungünstig für den Verein, da mit dem raschen Wachstum des Instituts nicht, wie es die Vereinsleitung gedacht hatten, dem Verein und der Frauenbewegung neue Kräfte zugeführt wurden, sondern nun neben ihm eine Sonderorganisation emporblühte, die – nicht im Haupt, aber in einem Teil seiner Glieder – den Bestrebungen des Vereins fern und mehr und mehr früher allein vom Verein vertretene Arbeitsgebiete, von anderen Gesichtspunkten ausgehend, aufnahm, zu einer allmählichen Einschränkung seines wichtigsten und liebenswertesten Teils geführt, seine Stellung gefährdet haben, konnte deshalb nicht weiter verantwortet werden. Dazu kam, daß auch in der Tat durch die Heranziehung von solchen Mitarbeitern im Institut, die sich zwar für soziale Arbeit, nicht aber für den Verein interessierten, nicht einmal von dem engen Zusammenhange beider Organisationen wußten, eine Entfremdung zwischen dem Verein und seiner von ihm doch ideell und materiell stark gestützten Abteilung entstand, die starke Hemmungen für den Verein im Gefolge hatte. Der Versuch, durch Ausstellen einer durch den Institutsvorstand genehmigten Geschäftsordnung, durch Präzisieren des Verhältnisses.

Diese Abgrenzungen haben ihre absolute Berechtigung, ja sie sind dringend notwendig, nicht nur weil längst nicht alle unsere Forderungen unter einen Hut zu bringen sind, sondern weil auch nur innerhalb des geschlossenen Kreises Gleichgesinnter die Kräfte der Einzelnen zu der nötigen Entfaltung gelangen, einzelne Fragen in ihrer ganzen Tiefe durchgearbeitet und verfochten werden

Luise Kiesselbach (1914): Das Institut für soziale Arbeit und der Verein für Fraueninteressen

können. Ebenso wenig dürfen wir je außer Acht lassen, und wenn wir von männlicher Seite uns auch des größten Wohlwollens erfreuen, daß es eine Frauensache ist, die wir vertreten. Haben sich auch unsere Forderungen längst so gewandelt, daß wir mit gutem Gewissen sagen können wir wollen, daß mit ihrer Erfüllung nicht nur den Frauen selbst, sondern auch der Allgemeinheit gedient werde, so dürfen wir doch nie des Ursprungs vergessen aus dem diese Forderungen entstanden sind und daß die Programmpunkte unserer Bewegung heißen: Befreiung der Frau aus Gebundenheit und Enge, Entfaltung ihrer besten Kräfte, Förderung ihrer Staatsbürgerlichen Erziehung und Bestätigung, Schutz ihrer Rechte, Hebung ihrer Berufs- und Erwerbstätigkeit. Weiter – daß wir – wenn auch in der Arbeit allenthalben das Gemeinwohl in den Vordergrund treten soll – doch Organe der Frauenbewegung sind!

Das Wort „Frauenbewegung“ hat ja längst seine Schrecken verloren, und wird sie weder durch die Warnungen von Hygieniker, noch die Bemühungen einer organisierten Gegnerschaft, noch durch die Hinweise auf unsere verirrt englischen Schwestern wieder gewinnen! Erstehen uns doch täglich neue Fürsprecher in unseren tüchtigen berufstätigen Töchtern, den Scharen in der Erwerbsarbeit an der Sorge für die Familie tätigsten Anteil nehmenden Müttern, den Waffen der für die Aufrechterhaltung der deutschen Industrie unentbehrlich gewordenen Arbeiterinnen und schließlich und nicht zum wenigsten in den im öffentlichen und privaten Fürsorgewesen tätigen Frauen und Mädchen, von denen allein in der Gemeindearbeit in Deutschland heute 18 000 stehen; eine Zahl, die ihre Höhe gewiß nicht der Bitten der Frauen, auch nicht nur der Einsicht einzelner Männer, sondern der in Parlamenten, bei Regierungen und Gemeindeverwaltungen als so vorzüglich bekannt gewordenen Bewährung der Frauenhilfe verdankt!

Mögen sich drum unserer Arbeit immer noch Hemmungen aller Art entgegensetzen, wir haben keine derselben zu fürchten, wir sind trotzdem auf besten Wege! Je unverrückbarer unser Glaube an die Gerechtigkeit unserer Sache, je energischer unser Wollen, je zielbewußter unser Handeln – sei es nun allein oder in der gewiß rascher zum Ziel führenden Gemeinschaft, mit andern – ist, um so sicherer wird uns der Sieg sein!

Hat doch ganz vor kurzem ein der Frauenbewegung vor noch nicht langer Zeit skeptisch gegenüberstehender bayerischer Universitätslehrer ein Wort geäußert, das ich allen unseren Mitarbeiterinnen zum Jahresschluß mitteilen möchte:

„Es wird mir immer klarer, daß die Frauenbewegung nicht nur Not- und Schutzbewegung, auch keine Gefahr für Schwache und Haltlose ist, sondern eine **wirkliche Kulturbewegung, die eine Fülle brachliegender Kraft zugleich entfesselt und diszipliniert.**“

Luise Kiesselbach (1914): Das Institut für soziale Arbeit und der Verein für Fraueninteressen

Abschrift durch Cindy Grundt im September 2013

Weitere Informationen zu Luise Kiesselbach unter www.luise-kiesselbach.de

Für Hinweise auf Fehler und Ergänzungen sowie für weitere Informationen zu Luise Kiesselbach bin ich jederzeit dankbar!

Verantwortlich:

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp

Ammendorfer Weg 115

06128 Halle

Tel. 0345/ 54 84 680

johannes@herwig-lempp.de

www.herwig-lempp.de

und ihre Entwicklung, es behandelt auch die gesetzlichen Vorschriften für Prüfung, Lehrvertrag usw., verbreitet sich über das Fortbildungsschulwesen und bringt eine Uebersicht über den Stand der beruflichen Organisation.

Der Anhang bringt Muster von Lehrvertragsformularen, Lehrzeugnissen, eine Gehilfinnen- und Meisterprüfungsordnung u. a. m.

Für die Sta. Freudenberg-Gedächtnispende

sind weiter eingegangen:
Uebertrag Mark. 11 153 40; Frl. Lulu Hager Mark. 300.—
Summe Mark 11 453 40.
Einsendungen bittet man an Frl. Marie Heilronner-München
Holbeinstr. 12 richten zu wollen.

Genefungsheim

für Erholungsbedürftige und Konvaleszenten in Hölzriegels-treuth, Fjartal bei München. Bleichsüchtigen jungen Mädchen besonders empfohlen. Herrliche Waldblage. 3 Minuten zur Bahn. Jede Bequemlichkeit im Hause. Berücksichtigung besonderer Diätvorschriften. Rodelsport, im Sommer Schwimmgelegenheit.

Beste Referenzen. Telefon 12 006.

Anfragen zu richten an Frau Hermine Lion-Specht.

Jugendgruppe München.

Mittwoch, den 18. Februar: Frl. Alice Cohen,
stud. rer. pol.

über

„Internationales Frauenstimmrecht“.

Mittwoch, den 4. März: Frl. Dr. Marie Munt

über

„Die Frau als Staatsbürgerin“.

Die Vorträge finden im vegetarischen Restaurant „Ethos“,
Ottostraße 2/1. statt.

Anfang pünktlich 4 1/2 Uhr.

Gäste und Interessenten sind immer herzlich willkommen.

Kerner machen wir unsere Mitglieder auf die am Montag,
den 16. Februar, abends 7 Uhr, im Saale des Künstlerinnen-
hauses, Barerstraße 21., Gh. stattfindende **Generalversammlung
des Vereins für Fraueninteressen** aufmerksam und bitten um rege
Beteiligung.

Der Vorstand.

Verein für Fraueninteressen München.

Geschäftsstelle: Brienerstraße 37/0. Telefon 13221.

Vereinsbureau, Lesezimmer und Bibliothek (Briener-
straße 37/0, Telefon 13221) sind an Werktagen regelmäßig von
10—12 und 3—6 Uhr geöffnet.

Sprechstunden der Vorsitzenden: Dienstag von 3—6 Uhr
Sprechstunden der Schriftführerinnen: Dienstag, Mittwoch,
Freitag und Samstag von 3—6 Uhr.

Sprechstunden des Instituts für soziale Arbeit: Vermitt-
lungsstelle für soziale Arbeit und Sprechstunde der Vorsitzenden.
Donnerstag 3—5 Uhr, Austunferteilung und Kartenabgabe für die
Kurze Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag 10—12 Uhr.

Sprechstunden der Auskunftsstelle: Dienstag und Donners-
tag 6—1/8 Uhr abends.

Sprechstunden der Rechtschutzstelle: Von der Tann-
straße 2/0, Mittwoch und Samstag 1/7—1/8 Uhr abends.

Montag, den 16. Februar, abends 7 Uhr, im Saale des
Künstlerinnenhauses, Barerstr. 21, (Gartengeb.):

19. ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Anträge des Vorstands.
2. Tätigkeitsbericht.
3. Kassenbericht.
4. Berichte der Abteilungen und Kommissionen.

Die Mitglieder werden gebeten zu beachten, daß die Gene-
ralversammlung, die eine sehr große Tagesordnung aufweist
und doch nicht zu spät schließen soll, diesmal ausnahmsweise schon
um 7 Uhr beginnt.

Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Prinzenjaale
des Café Luitpold, zum Besten der Vereinskasse

Vortrag mit Lichtbildern

über

„Arbeitstage in Inselinde“.

Vortragende: Frau Leonore M. Selenka.

Preise der Plätze 3 und 2 M., für Mitglieder die Hälfte.
Kartenverkauf im Vereinsbureau und in den auf den Plakaten
angegebenen Verkaufsstellen.

Montag, den 2. März, abends 8 Uhr, im Vereinsbureau:

Referat von Frl. Nettie Gerstle

„Die Frauen in den politischen Parteien.“

Das Herz bleibt gesund,

wenn Sie statt Bohnenkaffee Quieta-Kaffee-Ersatz ver-
wenden. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Fein-
schmecker, er ist koffeinfrei, schadet deshalb nicht den
Nerven und raubt nicht den Schlaf. Er ist billig, denn
20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen
im täglichen Gebrauch. Pfand-Paket 70 Pfg. in Kolonial-
warenhandlungen und Drogerien.

Die Quietapreparate enthalten die wichtigsten Nährsalze, Kalk, Eisen, Phosphor, in löslicher, leicht assimilier-
barer Form. Sie sind ärztlich warm empfohlen. Man hüte sich vor minderwertigen Fabrikaten, die keine oder
nicht die richtigen Nährsalze enthalten. Man fordere stets ausdrücklich die gesetzlich geschützte Marke Quieta.
Wo nicht echt erhältlich, werden Bezugsquellen nachgewiesen von den **Quietawerken Bad Dürkheim.**

Quieta-Preparate sind in **Frankenthal** erhältlich (Quitamalz nur in Apotheken und Drogerien).

In den **Apotheken:** In der Stern-Apotheke K. Wolff.
In den **Drogerien:** Heiner. Glässgen Sohn, Drog. z. Merkur, Carl Fischer, Heiner. Lechler, Markt-Drogie.
In den **Kolonialwarenhandlungen:** Ferd. Hutzler, Geschw. Kuhn, Friedr. Reichard, Valent. Waldherr.

Schwächliche blühen auf,

schwache Nerven werden stark, der Appetit wird
gesteigert durch kurzen Gebrauch von Quieta-Malz.
Es ist wohlschmeckend und bequem zu nehmen. Der
Erfolg ist überraschend. Bei Mageren werden Gewichts-
zunahme und gefällige Formen rasch erzielt. Hebt körper-
liche und geistige Leistungsfähigkeit. Dosen zu Mk. 1 —
und 1 1/2 in Apotheken und Drogerien.



Für die Redaktion verantwortlich Clara Lang, Monbijou-Zweibrücken. — Druck von Ernst René Grosser, Frankenthal (Pfalz.)

Frauenstreben.

Veröffentlichungsorgan des Hauptverbandes bayerischer Frauenvereine.

Organ der Vereine für Fraueninteressen München, Ingolstadt, Fürstfeldbruck, Speyer a. Rh., Homburg, des pfälzischen Kreisvereins
abstinenter Frauen und des Vereins der Privatlehrerinnen Bayerns, Sitz München.

Organ des Verbandes Bayerischer Jugendgruppen und der Jugendgruppe München.

Herausgegeben von **Clara Lang.**

Abonnementspreis: vierteljährlich 35 Pfg. (ohne Zustellgebühr). — Anzeigen die 4spaltige Petitzeile 15 Pfg. — Reklamen: die Zeile 50 Pfg.
Postzeitungskliste 380a. Bestellungen nehmen an die Postanstalten und die Geschäftsstelle, die Buchdruckerei von Ernst René Grosser
Frankenthal (Pfalz). Manuskriptsendungen an die Redaktion, Frau Clara Lang, Monbijou-Zweibrücken. Rücksendung von Manuskripten
erfolgt nur gegen Rückporto. Erscheint alle 14 Tage Samstags. Abdruck ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.

Nr. 5.

München, 28. Februar 1914.

11. Jahrg.

Inhalt:

Das Institut für soziale Arbeit und der Verein für Fraueninteressen.
— Rundschau. — Verein für Fraueninteressen München. — Aus un-
seren Vereinen. — Inserate.

Hauptverband bayerischer Frauenvereine.

Geschäftsstelle München, Brienerstr. 37/0. Tel. 13 221.

Vorsitzende: Frau Luise Kieselbach, München, Kurfürstenstr. 44/0.

Propagandakommission: Vorsitzende: Frau Clara Lang,
Monbijou-Zweibrücken. Geschäftsstelle: München, Brienerstr. 37/0.
In die Propagandakommission (Schriftführerin Frl. Rosa Böhm) sind
alle Anfragen wegen Neugründungen, Vermittlung von Vorträgen,
Lieferung von Broschüren, Propagandamaterial und Notizen an die
Presse, Aneuerung von Material für Petitionen zc. zu richten. Sie
erteilt auch Rat in Bezug auf die interne Arbeit der Vereine und
Auskunft über allgemeine Fragen der Frauenbewegung. Sprechstunden
Dienstag und Freitag 3—6 Uhr.

Zentrale für Berufsberatung: Vors. Frl. Charlotte Praß,
Geschäftsstelle München, Brienerstr. 37/0. Sprechstunden: Dienstag
und Donnerstag 6—1/8 Uhr.

Verband der Jugendgruppen: Vorsitzende Frl. Nettie Gerstle,
Geschäftsstelle München, Sprechstunde Samstag 11—12 Uhr.

Generalversammlung des Kreis- verbandes niederbayerischer Frauenvereine.

Montag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, im Bahnhof Platt-
ling.

Tagesordnung:

1. Verbandsbericht;
2. Kassenbericht;
3. Bericht der angeschlossenen Vereine;
4. Vorstandswahl;

Alle Mitglieder der Vereine sind freundlichst eingeladen.

Die Vorstandschast:

Luise Ungerer, 1. Vorsitzende.

Elisabeth Deidesheimer, Schriftführerin.

Das Institut für soziale Arbeit und der Verein für Fraueninteressen.

Die Umwandlung des Instituts für soziale Arbeit, der frühe-
ren Abteilung des Vereins für Fraueninteressen, in einen selbst-
ständigen Verein, welche nur die letzte Konsequenz einer lange
verbereiteten Entwicklung ist, hat allgemein so viel Erstaunen er-
regt, daß es der Vereinsleitung Bedürfnis ist, ihren Mitgliedern
und Fremden darüber einige Erklärungen zu geben.

In der Generalversammlung vom 6. Februar 1911 war der
Abteilung für soziale Arbeit gestattet worden, ihren Namen in
den eines Instituts für soziale Arbeit umzuwandeln. In der
Begründung des Antrags war angeführt, daß die Abteilung
ihren Zwecken besser dienen könne, wenn sie sich nicht auf den Ver-
ein beziehe, den Zusammenhang mit der Frauenbewegung nicht
immer betone. Vom Vereinsvorstand wurden dann später ebenso
selbständige Leitung und eigene Satzungen genehmigt, die keinen
Zusammenhang mit dem Verein aufwiesen und so dem Institut
ohne Besorgnis große Bewegungsfreiheit zugestanden.

Im selben Maße wie diese Dinge der Entwicklung des In-
stituts förderlich waren, erwiesen sie sich als ungünstig für den
Verein, da mit dem raschen Wachstum des Instituts nicht, wie es
die Vereinsleitung gedacht hatte, dem Verein und der Frauenbe-
wegung neue Kräfte zugeführt wurden, sondern nun neben ihm
eine Sonderorganisation emporblühte, die — nicht im Haupt,
aber in einem Teil seiner Glieder — den Bestrebungen des Ver-
eins fern stand und mehr und mehr früher allein vom Verein
vertretene Arbeitsgebiete, von anderen Gesichtspunkten aus-
gehend, aufnahm. Dies würde mit der Zeit zu einer Verschiebung
der Situation, zu einer allmählichen Einschränkung der Arbeits-
gebiete des Vereins für Fraueninteressen, und zwar zu einer Ein-
schränkung seines wichtigsten und liebenswertesten Teils geführt,
seine Stellung gefährdet haben, konnte deshalb nicht weiter
verantwortet werden. Dazu kam, daß auch in der Tat durch
die Veranziehung von solchen Mitarbeitern im Institut, die sich
zwar für soziale Arbeit, nicht aber für den Verein interessierten,
nicht einmal von dem engen Zusammenhange beider Organisatio-
nen wußten, eine Entfremdung zwischen dem Verein und seinem
von ihm doch ideell und materiell stark gestützten Abteilung ent-
stand, die starke Hemmungen für den Verein im Gefolge hatte.
Der Versuch, durch Aufstellen einer durch den Institutsvorstand
genehmigten Geschäftsordnung, durch Präzisieren des Verhält-

nisses zwischen dem Verein und seinen Abteilungen in den Ver- einstatuten, die Lösung der Schwierigkeiten herbeizuführen, ge- lang nicht, man sah sich genötigt, weitere Verhandlungen aufzu- nehmen.

Während die Fragen erörtert wurden, ob eine genaue Ab- grenzung der Arbeitsgebiete des Instituts etwa die Schwierig- keiten beseitigen könne, oder ob bei Befassung völliger Freiheit vom Institut zu fordern sei, daß es sich bei seinen Unternehmungen, speziell bei jenen, die frühere Arbeitsgebiete des Vereins be- trafen, wieder auf den Verein beziehen, den Verein so daran teil nehmen lassen müsse, damit diese als zugleich vom Verein erfüllte Aufgaben gelten könnten, tauchte eine andere Frage auf:

Die Regierung von Oberbayern, an die sich das Institut mit der Bitte um finanzielle Unterstützung seiner Unternehmungen gewendet hatte, gab die Anregung, ob das Institut nicht einge- tragener Verein werden, Rechtsfähigkeit erwerben wolle, was ja unbeschadet seines Verhältnisses zum Verein für Fraueninteressen ge- schehen könne. Wie eng die tatsächliche Verbindung zwischen Verein und Institut war, mag dabei wohl den Anregenden un- bekannt geblieben sein, denn Erkundigung an maßgebender Stelle mit Vorlegung der Sachlage ergaben, daß nur ein selbständiger Verein sich eintragen lassen kann, dies nicht einer Abteilung mög- lich sei, und daß die Stellung des Instituts innerhalb des Ver- eins als Abteilung schon dadurch der Berechtigung entbehre, weil es eigne, außerhalb des Vereins stehende Mitglieder habe.

Nunmehr war die Frage die: Ist ein Zurückdämmen des längst über den Rahmen einer Abteilung hinausgewachsenen In- stituts tunlich, ist zu verlangen, daß die Abteilung bleibt, daß ihre Mitglieder Mitglieder des Vereins werden, daß es auf die Eintragung verzichtet, ohne die die Annahme von Schenkungen und Legaten für seine Zwecke unmöglich ist (Zu- schüsse von Gemeinde und Regierung hatte das Institut auch als Abteilung bekommen) — oder die: In welcher Form kann einer Loslösung vom Verein durch den Vorstand zugestimmt und bei der Generalversammlung beantragt werden?

Die Fragen sind gewiß nicht leichtsinnig entschieden worden. Ihre Beratungen wurden einem vom Vorstand gewählten Kom- mittee von drei Mitgliedern des Instituts und drei Mitgliedern des Vereinsvorstandes übertragen und führten zu langen und für alle Teile schwierigen Verhandlungen. Prinzipiell standen die Vereinsmitglieder schon sehr bald auf dem Standpunkt, daß der die großen Leistungen des Instituts voll anerkennende Mutterver- ein größer zu sein habe, daß er ein Zurückdämmen des in so schö- ner aufsteigender Entwicklung begriffenen Instituts nicht verant- werten könne und wolle. Die Verhandlungen galten dementspre- chend vorwiegend der Form der Loslösung und der Feststellung der Punkte, die beiden Teilen gerecht werden, den Verein aber vor einer Verstümmelung seines Programms bewahren sollten. Da aber auch diese Festsetzungen schon bei Genehmigung durch die beiderseitigen Vorstände Schwierigkeiten begegneten, schlug schließlich der Ver- einsvorstand vor, sie auf das alleräußerste zu beschränken, in der sicheren Hoffnung, daß es dem nunmehr über seine Stellung zum Verein aufgeklärten Institut Ehrenfache sein müsse, daß dem Ver- ein das ihm Gebührende erhalten bleibt, in der festen Überzeu- gung, daß der vom Institut freiwillig gegebene Ausgleich eine so viel größere Gewähr biete, einen so viel größeren Wert habe, als der durch Zwang bestimmte.

So blieb als Abmarchung vorzuschlagen folgendes: Öffent- liche Kundgebungen, d. h. Petitionen, öffentliche Versammlungen, Vorträge, Neugründungen, die das Institut veranstaltet und die gleichen Veranstaltungen des Vereins, sobald sie die soziale Arbeit betreffen, unterliegen der Vorbereitung in einer Kommission, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Vereins und des Instituts besteht.

Ferner die vom Institut angebotene Bedingung, daß es sich um seine Zugehörigkeit zur Frauenbewegung zu bekunden, dem Verein korporativ anschließt und schließlich eine weitere, daß das Institut auf allen offiziellen Dokumenten, Programmen, Sätzen, großem Briefpapier den Untertitel führt: gegründet vom Verein für Fraueninteressen.

Auch der dritte Punkt hat sich nicht als Forderung des Ver- einsvorstandes in den Verhandlungen gehalten, auch seine Erfül- lung wurde, da sie schwierig schien, schließlich in einer erweiterten Vorstandssitzung dem Institut freigegeben, aber von wohlmei- nenden Freunden beider Organisationen privatim vom Institutsvorstand als die Zusammenarbeit begünstigendes Moment aufs ernstlichste gefordert, schließlich auch genehmigt.

Der Vorstand des Vereins schloß seinen Antrag an die Ge- neralversammlung mit der Erklärung ab:

Es ist selbstverständlich, daß trotz der Loslösung des Insti- tuts, um deren Genehmigung wir bitten, unser Vereinspro- gramm voll und ganz erhalten bleiben muß und wird! Inwiefern es im Bezug auf die sozialen Fragen allein oder in enger Füh- lung mit dem Institut erfüllt werden kann, hängt natürlich von der Gestaltung unserer mit auf neuer Grundlage ruhenden Be- ziehungen ab. Wir hoffen mit Zuversicht, daß diese Beziehungen sich zu recht innigen vertrauensvollen gestalten werden und daß anstelle eines unserer Ohnui lang entwichenen Tochtervereins nunmehr einen gleichgesinnten Schweiterverein neben uns haben, mit dem wir in Harmonie zusammenarbeiten können.

Die Generalversammlung des Vereins hat sich, wie wohl noch an anderer Stelle berichtet wird, erst nach längerer Debatte und mit sehr knapper Mehrheit bereit erklärt, der Loslösung des Instituts vom Verein zuzustimmen, Schädigungen für den Ver- ein fürchtend, stärkere Bindungen für das Institut verlangend, was zum wenigsten das zur Folge hat, daß dem Vereinsvorstand aufs neue die schwere Verantwortung für die jetzige Situation klar geworden ist. Wenn wir aber trotzdem voll guten Mutes in die Zukunft sehen, so geschieht es, weil wir es unter allen Um- ständen als Vorteil ansehen, daß eine Klärung der Sachlage er- folgt, das Institut in gewissem Sinne der Frauenbewegung zu- rückgewonnen ist und weil uns das ledere Band, welches uns heute umschlingt, ein sichereres Zusammengehen gewährleistet, als die frühere Bindung, die trotz der engen Zusammengehörig- keit von Verein und Institut durch dessen eigenartige Verfassung einem Divergieren beider Institutionen Vorhub leistete!

L. Kieselbach.

Kundschau.

In Frauentreien hat es begreiflicher Weise die größte Be- sorgnis erregt, daß in der Denkschrift der Regierung vom 30. No- vember 1913 über die Vorschläge zur **Arbeitslosenversicherung** der Zuschuß aus staatlichen Mitteln von der Erfüllung der Bedin- gung abhängig gemacht ist, daß **die weiblichen Arbeiterinnen aus- geschlossen bleiben**. In einer Petition des bayerischen Städtetags vom Januar 1914 wurde u. a. mit ausführlicher Begründung um die Abänderung des betreffenden Paragraphen gebeten und neuer- dings hat auf Anregung des Instituts für soziale Arbeit Mün- chen das Institut und der Verein für Fraueninteressen nebst einer ganzen Reihe von Münchener Frauenvereinen in einer Petition an das kgl. Staatsministerium dagegen Stellung genommen und sich auch der Hauptverband bayerischer Frauenvereine in gleicher Weise dazu geäußert. Die Bitten, die alle diese Organisationen zu der Frage aussprechen, werden damit begründet, daß die An- nahme, daß es weniger weibliche als männliche Arbeitslose gibt, wohl richtig sei, daß aber dagegen die Gefahren die der brotlosen Frau drohen, sehr viel größere und besonders in sittlicher Be-

ziehung schwerwiegendere sind; ferner mit der Feststellung, daß zwar in der Tat der Eintritt vieler in häusliche Dienste, wie es die Denkschrift betont, ein Ausweg für die Arbeitslosen sei, aber ein längst nicht für alle gangbarer sei, da einerseits viele Frauen durch Sorge für Familienangehörige und dergleichen der nötigen Freizügigkeit entbehren, andererseits oftmals junge und geschulte Kräfte den älteren Gelegenheitsarbeiterinnen vorgezogen werden, daß ferner durch die wirtschaftlichen Verhältnisse von heute viele Familien ihr Personal auf das allernotwendigste beschränken oder sich ganz ohne solches behelfen: hier also auch ein Ueberfluß wenigstens was die Verhältnisse in den Städten angeht, vorhan- den ist. Die Petition erwähnt ferner, daß auch das Problem der Frauenarbeit als Konkurrenz für den Mann durch den Ausschluß der Frauen nicht gelöst werde, da in den eben vorhandenen Zei- ten des wirtschaftlichen Niederganges die billigeren weiblichen Arbeitnehmer in höherem Maße zum Ersatz der teureren männ- lichen Arbeitnehmer herangezogen werden. — Die Bitte kommt zwar etwas spät, da die Verhandlungen im Landtag bevorstehen, aber die Frauen hoffen dennoch auf Berücksichtigung.

Die Organisation der Hausfrauen, welche in Oesterreich in mustergültiger Weise große Scharen von Hausfrauen zur Wahrung ihrer Interessen umschließt, macht auch in Deutschland wei- tere Fortschritte. Aus den verschiedensten Städten hören wir von Vorträgen und Kundgebungen, geplanten Zusammenschlüssen, teils in Form (wie es Frau Gramisch aus Wien vorschlägt) die Frauen zu einer Art Konjungenossenschaft zu vereinigen, gemein- same Interessen zu pflegen, teils in der Form, wie sie vom Ver- band für hauswirtschaftliche Frauenbildung in Berlin unter dem Vorsitz von Frau Hedwig Heyl kürzlich vollzogen wurde. Man betont überall, daß die den Hausfrauen längst gegebenen Möglich- keiten in keiner Weise ausgenützt würden, daß man noch nicht ahne, welche Macht der Frau in die Hand gegeben sei, welchen Einfluß sie im Zusammenschluß auf Gestaltung des Lebensmittel- marktes, auf Konsum, ja auf Volkswirtschaft überhaupt gewinnen könne usw. Auch der Frage der landwirtschaftlichen Hausfrauen- vereine scheint lebhafteres Interesse zu begegnen, sie beginnt greifbarere Gestalt auch im Süden zu gewinnen. So hat kürzlich in Elsaß in Siemerung ein Zusammenschluß stattgefunden zu einem landwirtschaftlichen Hausfrauenverein der bereits hundert Mitglieder aus angrenzenden Distrikten zählt. Der neue Verein nennt als Zweck die Tätigkeit der Hausfrau auf allen Gebieten zu vertiefen und rationeller zu gestalten, der Landflucht vorzubeu- gen und die Gegenläufe zwischen Groß- und Kleinbauern nach Mög- lichkeit zu überbrücken durch gemeinsames Vorgehen und wirt- schaftlichen Zusammenschluß. Diese Ziele sollen erreicht werden durch Versammlungen und durch Vorträge, durch die die Frauen belehrt werden in der Haus-, Hof- und Gartenwirtschaft, in der Kleintierzucht, in Krankenpflege usw. Durch gemeinsames Vor- gehen werden sich die Frauen günstigere Absatzgebiete schaffen und den Wohlstand des Hauses vermehren.

Den Berichten über Fortschritte auf dem Gebiete der Mit- arbeit der Frau in der Gemeinde, von denen wir andauernd hören gegenüber — dieser Tage wird auch von Darmstadt und von Köln die Wahl von 15 bzw. 13 Frauen als stimmberechtigte Mitglieder in städtischen Deputationen gemeldet — wirkt eine Mitteilung des „Berliner Lokalanzeigers“, wie ein Märchen aus alten Zeiten, welches lautet:

Gegen die Wahl von Frauen in die städtische Armendirektion sprach sich eine Delegiertenversammlung des Bundes der Vereine unbeförderter Gemeindebeamten Berlins aus, die gestern abend im Kaiserstiller zusammentrat. In den Kreisen der Mitglieder besteht starke Abneigung gegen den kürzlich in der Stadtverordneten- versammlung zur Verhandlung gekommenen Antrag Arons, der die Aufnahme von Frauen in die Armendirektion fordert. Die in der gestrigen Versammlung anwesenden Bezirksvorsteher, Ar- mendvorsteher und anderen ehrenamtlich tätigen Kommunalbeam-

ten beschloffen einmütig, gegen eine Ausdehnung der höheren kommunalen Ehrenämter auf die Frauen Einspruch zu erheben.

Der Protest wird wenig helfen, da man doch, wie es scheint, überall mit der Frauenarbeit gute, ja glänzende Erfahrungen macht wie auch die weibliche Beamtinnenanzahl beständig im Wach- sen begriffen ist. So wird gerade von Berlin eine neue sehr starke Vermehrung von weiblichem Verwaltungspersonal beim Magi- strat und von der fast ausschließlichen Anstellung von Frauen in den Bureaus der städtischen Krankenhäuser berichtet, so hören wir von Verwendung von einer größeren Zahl von Frauen im Ge- werbeaufsichtsdienst usw. usw.

Auf Anregung des Vereins für Fraueninteressen wurde vor einigen Wochen ein **Stadtbund Münchener Frauenvereine** gegrün- det, dem 21 Frauenvereine, darunter eine größere Anzahl von Berufsvereinen beitreten. Die Vereinigung hat den Zweck, durch Zusammenschluß von Vereinen, die auf dem Boden moderner Frauenforderungen und Bestrebungen stehen, gemeinsame Inte- ressen unter genauer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse geschlossen zu vertreten, und im Bezug auf Unternehmungen durch vorhergehende Verständigung einer Zerspaltung von Zeit, Kraft und Mitteln vorzubeugen. Der Stadtbund sieht selbstver- ständlich ab von jeder Einmischung in die inneren Angelegenhei- ten der ihm angeschlossenen Vereine. Ein monatlich zweimal er- scheinender Vereinsanzeiger soll alle Ankündigungen der Vereine enthalten und so eine genaue Uebersicht der geplanten Veranstal- tungen geben. Dem Stadtbund gehören bereits an:

Münchener Hausfrauenvereinigung, Münchener Künstlerin- nenverein, Münchener Lehrerinnenverein, Münchener Verein für Frauenstimmrecht, Verein akademisch gebildeter Frauen, Verein der Münchener Schriftstellerinnen, Münchener Frauenverein gegen den Alkoholismus, Gemeindebeamtinnen-Verein, Vereinigung der Pensionsbesitzerinnen, Verein für Fraueninteressen, Verein der Zeichenlehrerinnen, Verein der bayerischen Verkehrsbeamtin- nen, Vereinigung der Münchener Damenschneiderinnen, Verein für neue Frauenkleidung und Frauenskultur, Verein für Hausbe- amtinnen, Vereinigung ehemaliger Schülerinnen der städtischen Niemer Schmid'schen Handelsschule, Frauengruppe der fortschritt- lichen Volkspartei, Verein zur Förderung der öffentlichen Sitt- lichkeit, Verein studierender Frauen, Handelsgeschäftinnenverein München, Hebammen-Standesverein. (Weitere Anschlüsse stehen in Aussicht.) **L. K.**

Verein f. Fraueninteressen München.

In einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem **Institut für soziale Arbeit** sprach am 26. Januar Prof. Dr. Martin Hahn, Leiter des hygienischen Instituts der Universität Frei- burg über **die Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse der Kranken- pflegerinnen**. Zu dem Vortrag hatten sich auch zahlreiche Kranken- schwestern, Ärzte, usw. eingefunden. Den Ausführungen lagen folgende Leitsätze zu Grunde:

Im Interesse einer Hebung der Arbeits- und Gesundheits- verhältnisse der Krankenpflegerinnen wird als unbedingt erforder- lich erachtet:

- 1. Die Einführung der staatlichen Prüfung in ganz Deutsch- land;
- 2. Eine den Zeitverhältnissen entsprechende, ausreichende Versorgung im Falle der Erkrankung, des Unfalls, der Invaldität und im Alter, auf welche ein Anspruch so- fort nach Dienstretritt erhoben werden kann.

Als dringend wünschenswert muß bezeichnet werden:

- 1. Eine zwei- bis dreijährige Ausbildung der Schwestern, nicht eingerechnet die hauswirtschaftliche und einen Teil der theoretischen Vorbildung.